

Senftenberger Anzeiger

Nachrichtsblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk,
insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Senftenberg
Fernsprech-Anschlüsse: Senftenberg 498 und 510, Ruhland 207,
Ortrand 48, Lautawerk 221



Tageszeitung für Stadt und Land
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden
Geschäftsstelle: Senftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11
Druckerei: Laugkstraße Nr. 19

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubanns Buchdruckerei in Senftenberg, Ruhland und Ortrand — Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger
Redaktion: Senftenberg, Laugkstraße 19 — Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 — Fernruf: Baermald 5014

128. Nr. 1933

erschienen 6mal wöchentlich (außer Sonn- und feiertags). Bezugspreis: In den Geschäfts- und den Abbestellstellen wöchentlich 20 Pf., einzelne Nummern je nach Umfang 10 und 15 Pf., Monats-Listen 1,50 Mk. Durch den Zeitungsboten frei ins Haus geliefert monatlich 20 Pf., mehr, durch die Post freibeiwegt.

Sonntag, den 3. Juni 1933
(Pfingst-Ausgabe.)

Anzeigenpreise: Die empfindliche Wellenlinie zeigt oder deren Raum 9 Pf., bei lokalen Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf., im Bekanntheitsgrad 2 Pf., Stellengedächte 4 Pf., Anzeigen mit Ausstattung und Aufnahme 5 Pf., mehr. Kleine Anzeigengebühren sind vorher zu entrichten.

58. Jahrgang

Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Rabatt gewährt, bei größeren und öfteren Aufträgen Abschlag nach feststehendem Tarif. Der Rabatt ist nur bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen gültig, bei späterer Zahlung und bei Kontofristen erlischt der Rabattanspruch. Für unbenutzte gegebene Anzeigen, die durch fernsprecherliche oder schriftliche Anzeigen zu bestimmten Tagen und Wägen nicht werden können, Angelohnung bis 6 Uhr vormittags, für gegebene Anzeigen am Tage vorher. Unverlangt eingehende Manuskripte werden, wenn kein Rückporto beigefügt ist, nicht zurückgeschickt. Im Falle von Abwesenheit des Verlegers, Betriebsstörungen bei der Verlagerei ist ein Ersatz für die Zeitungs- oder eine Nachzahlung des Bezugspreises zu entnehmen.



Fröhliche Pfingsten!

Arbeit bringt Segen!

Die Vorbereitungen zur Arbeitsdienstplicht.

Der Organisationsplan des zukünftigen Arbeitsdienstes ist, wie die Reichsleitung für den Arbeitsdienst mitteilt, fertig, an seiner praktischen Durchführung wird jetzt gearbeitet. Am 1. August d. J. wird mit der Einrichtung der Stammabteilungen für die Arbeitsdienstplicht begonnen werden. In der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember werden die Stammabteilungen eingesetzt sein. Ab Anfang Januar 1934 beginnt der eigentliche Arbeitsdienst. Kapitän J. Holten, der Leiter des Amtes für Arbeitsplanung in der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, legte in Besprechungen dar, welche die Arbeit der Arbeitsdienstplichtigen schaffen wird, und daß hiermit den Arbeitsdienstplichtigen außerdem mit der Arbeit der Sinn des Lebens zurückgegeben werde.

Der Schwerpunkt des Arbeitsdienstes muß in der Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung durch Stärkung unserer Bodenkräfte liegen. Weiter wird der Arbeitsdienst bei der Auflockerung unserer Großstädte durch Vorbereitung der Baupläne für neu zu schaffende Bauernstellen und Arbeiterwohnheime mitwirken. Der Staat habe die Pflicht, für die Arbeitsbeschaffung auch

das Geld zu beschaffen. Alle Arbeit koste letzten Endes nur die Arbeit anderer. Das Geld sei nichts anderes als das Organisationsmittel, das den Austausch zwischen der Arbeit vermittele. Die Gedanken und Einwürfe, die gegen die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung erhoben werden, beruhen nur darauf, daß der ungeheure Einfluß der Wirtschaftselbung durch die Arbeitsbeschaffung auf den öffentlichen Haushalt immer noch nicht richtig erfasst wird. Bei einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium sprach Dr. Stettin, der Leiter der Organisationsabteilung der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, über die Unterkunftsbeschaffung sowie die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die neuen Lager. Im Etat seien hierfür äußerst geringe Mittel vorhanden; aber es habe sich schon gezeigt, daß viele Gemeinden bereit seien, diese Beträge von sich aus aufzubringen; denn ein betrieblches Lager habe den gleichen Einfluß auf die Wirtschaft, wie früher die Garnisonen und bedeute einen mehrere Jahre lang fließenden Geldstrom.

Aus diesen Darlegungen geht die Größe der Aufgaben, vor denen der Arbeitsdienst steht, klar hervor. Es ist ersichtlich, daß allerlei Schwierigkeiten zu überwinden sind. Andererseits ist der Mut, den die Nation aus dem Arbeitsdienst ziehen wird, so groß, daß dagegen die Schwierigkeiten keine Rolle spielen dürfen.

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt zum neuen Gesetz. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, sprach über alle deutschen Länder zum Gesetz der Verminderung der Arbeitslosigkeit. Er führte dabei u. a. aus: Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nicht bereits in einer Verminderung der Arbeitslosenquote gegeben, sondern nur in einer Vermehrung der Arbeit. Diese führe zur Erhöhung der in der deutschen Volkswirtschaft gezahlten Lohnsumme, zur Erhöhung der Umsätze und zur Erhöhung des Volkseinkommens. Die zwangsläufige Folge sei Erhöhung des Aufkommens an Lohnsteuer, an Einkommensteuer, an Umsatzsteuer, Erhöhung des Aufkommens an Landes- und Gemeindesteuern, an Verbrauchssteuer und an Sozialversicherungsbeiträgen, also eine Verbesserung der Einnahmen in den öffentlichen Haushalten auf der ganzen Linie.

Explosionskatastrophe in Kalifornien.

30 Deltants in die Luft geflogen.
Bisher 11 Tote, 20 Verletzte.

Newport, 3. Juni. (Eig. Funkm.)

In Long Beach (Kalifornien) ereignete sich ein furchtbares Explosionsunglück. 30 Deltants der Kriegsschiff-Del-Gesellschaft flogen in die Luft. Bisher wurden 11 Tote und 20 Verletzte gezählt. Die Explosion war bis Pasadena zu hören. 20.000 Menschen aus der Gegend wurden gezwungen, sich in Panik aus dem Gebiet zu begeben. Der größte Teil des der Texas Oil Company gehörenden Oelfeldes wurde vollkommen zerstört.

Nach polizeilichen Schätzungen hat das Unglück mindestens 20 Deltantopfer gefordert. Das ganze Fabrikgebiet, auf dem sich etwa 30 Deltants befanden, war sofort nach der Explosion in Flammen gerückt. Die Fabrikmaschinen und die aus der Umgebung herbeigebrachten Benzinbehälter waren, so gut es ging, beseitigt, die in der Nachbarschaft liegenden Delaquellen vor einem Übergreifen des Brandes zu schützen. Die Schiffe der durch Brandwunden verletzten Seemannen überlebten fast des Kranken und Verletzte der zum Zusammenstürzen der Fabrikanlagen, wo die inzwischen herbeigebrachten Ärzte und Krankenschwestern die Verletzten nach Anlage von Notverbanden in Krankenwagen verladen. In einem Krankenzug waren innerhalb weniger Minuten 17 Verletzte eingeliefert worden. An der Unfallstelle hatte sich alsbald eine gewaltige Menschenmenge angesammelt, die die Arbeiter zur Bekämpfung des Feuers half behinderten. Die Menschenmenge entsam sich auch dann nicht, als die Polizei bekanntmachte ließ, daß die Gefahr weiterer Explosionen sehr groß sei, falls das Feuer nicht eingedämmt werden könne.

Nach der ersten Explosion war man in Long Beach der Meinung, daß es sich um ein neues Erdbeben handelte. Der bis jetzt angerichtete Sachschaden wird auf über 200.000 Dollar geschätzt.

Die Transfer-Besprechungen in Berlin.

Eine Mitteilung der Reichsbank.

Auf Einladung der Reichsbank haben in den letzten Tagen in Berlin Besprechungen stattgefunden mit Vertretern der verschiedenen Gruppen der deutschen Wirtschaftsländer über das Transferproblem. Das Ergebnis der Diskussionen war nach Mitteilung der Reichsbank allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Reichsbank noch zur Verfügung stehenden freien Gold- und Devisenreserven einen solchen Tiefstand erreicht haben, daß bei weiterem Rückgang die volle Funktion der Reichsbank als zentrales Notenbankinstitut beeinträchtigt werden müßte und

daß es wünschenswert ist, diese Reserven schrittweise zu erhöhen, um dadurch die Reichsbank zu unterstützen in ihren erfolgreichen Bemühungen, die Stabilität der deutschen Währung fortzusetzen.

Es wurde ferner anerkannt, daß das Abwinken des deutschen Zahlungsbilanzüberschusses dazu zwingt, den Schutz und die Erweiterung des deutschen Devisenaufkommens zu erwägen.

Alle Teilnehmer haben anerkannt, daß der deutsche Außenhandel und der Handel der Welt als Grundlage für das Transferproblem angesehen werden müssen.

„Die Mark absolut sicher.“

Der Reichsbankpräsident hat den Transferbesprechungen. In einer Pressebesprechung gab Reichsbankpräsident Dr. Schacht einige Erläuterungen zu der Mitteilung der Reichsbank. Das Anerkenntnis, daß die der Reichsbank

noch zur Verfügung stehenden freien Gold- und Devisenreserven einen solchen Tiefstand erreicht haben, daß bei weiterem Rückgang die volle Funktion der Reichsbank beeinträchtigt werden müßte, bedeute für die deutsche Wirtschaft eine ganz große moralische Stütze. Der Rückgang im Devisenbestand der Reichsbank könne nicht so weitergehen, wenn die Notenbank ihre Funktionen aufrechterhalten solle.

Diese Funktionen beständen nicht nur in der Aufrechterhaltung der Stabilität der Mark. Diese stühe über jeden Zweifel erhaben, weil man sie durch die Devisenangelegenheit fest in der Hand habe.

Aber diese Funktion hinaus habe aber die Reichsbank die Aufgabe, einen gewissen Verkehr mit dem Ausland jeberzeit aufrechtzuerhalten. Mit der Anerkennung, daß der deutsche Außenhandel und der Handel der Welt als Grundlage für das Transferproblem angesehen werden müßten, habe auch dieses Gremium wiederum ausgesprochen, daß man irgendwelches Geld nicht aus der Luft zaubern könne. Man müsse Deutschland die Möglichkeit geben, im internationalen Verkehr dieses Geld zu verdienen.

Die Tatsache, daß die Reichsbank den gesamten Devisenverkehr unter Kontrolle habe, daß der Wille der Reichsbank bestehe, die Devisen zu behalten und zu vermehren, mache die Reichsmark absolut sicher. Es sei völlig ausgeschlossen, daß man noch einmal feststellen werde, daß das deutsche Volk Inflationsverluste an seinen Spargrößen erleide. Der Entschluß der Reichsbank sei unwiderruflich, daß sie ein weiteres Abwinken ihres Devisenstandes nicht mehr gestatten werde. Sie werde in kürzester Frist entsprechende Entschlüsse fassen.